

Anlage 2

Antragsteller: Stadtverbandsvorstand:

Solidarität mit der Initiative „Uni Göttingen unbefristet“

Die Situation der unbefristet Beschäftigten an den Universitäten – auch an der Uni Göttingen – beeinträchtigt die Lebensqualität vieler der dort Arbeitenden massiv. Sie „hangeln“ sich von Zeitvertrag zu Zeitvertrag, sind nie sicher, ob sie weiterbeschäftigt werden und können keine Lebensperspektive entwickeln – ein unbelasteter Alltag und eine gesicherte Zukunftsplanung sind nicht möglich. Unter diesen prekären Bedingungen arbeiten derzeit 89 % des Personals im wissenschaftlichen Bereich und 27 % in der Verwaltung.

- Beim wissenschaftlichen Personal in der sogenannten Qualifizierungsphase sind fast alle Stellen unterhalb der Professor*innenstellen an der Uni Göttingen befristet. Rechtlich werden die meisten der Befristungen in diesem Bereich darüber begründet, dass es sich um Qualifizierungsstellen handele. Tatsächlich wird über diese Stellen der Großteil der Lehr- und Forschungstätigkeit abgedeckt. Ohne diese Kolleg*innen müsste die Universität ihren Betrieb einstellen.
- Beschäftigung aus Drittmitteln bedeutet fast immer eine zeitlich befristete Anstellung bis zum Ablauf des Projektes. Faktisch werden über Drittmittel aber vielfach Daueraufgaben der Universität aus den Bereichen Forschung und Lehre finanziert. Das bedeutet, dass hier zwar verschiedene Drittmittelprojekte aufeinander folgen, tatsächlich jedoch ein dauerhafter Beschäftigungsbedarf besteht.
- Auch für Beschäftigte aus Technik und Verwaltung stellen befristete Verträge inzwischen ein massives Problem dar, obwohl diese Mitarbeiter*innen an der Uni dauerhaft benötigt werden. Die „sachgrundlose Befristung“ aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz auf die in diesem Bereich immer häufiger zurückgegriffen wird, ist genau das, was der Name ausdrückt: sachlich unbegründet und daher auch nicht zu rechtfertigen!

Die SPD Göttingen unterstützt deshalb mit den Forderungen der Initiative „Uni Göttingen Unbefristet“:

- Wir fordern eine Stellengestaltung, die den Betroffenen und ihren Familien eine planbare Lebensperspektive ermöglicht und die zur Geschlechtergerechtigkeit beiträgt.
- Wir fordern die Universität auf, eine verbindliche Regelung zur umfassenden auch gleichstellungsorientierten Entfristung des wissenschaftlichen, technischen und administrativen Personals einschließlich sogenannter „Qualifikationsstellen“ zu schaffen: Dauerstellen für Daueraufgaben.
- Auch Daueraufgaben in den Bereichen Forschung und Lehre, die über Drittmittel finanziert werden müssen sich in dauerhaften Stellen niederschlagen.
- Wir wissen, dass die Universitäten die Befristungsstrategie auch anwendet, um einen Teil der bestehenden Unterfinanzierung durch das Land zu kompensieren. Deshalb fordern wir zugleich das Land Niedersachsen auf, die Grundfinanzierung der Universitäten zu verbessern.